



*Klein, aber  
mit Biss!*

## Milliarden für Banken Sparen bei den Familien



**zurück an den Absender!**

Das Belastungspaket ist ungerecht. Es trifft die Mehrheit der Bevölkerung. Es verschont die Banken und die Superreichen. Nach dem Bund schnürt das Land Steiermark ein wildes Belastungspaket. Da dürfen wir nicht zuschauen. Es geht um unsere Briefftaschen.

Den Superreichen geht es so gut wie nie. Das Vermögen der Millionäre in Österreich wächst auch in Krisenzeiten pro Jahr zwischen 8 und 10 Prozent. Diese märchenhafte Geldvermehrung hat nichts mit Arbeit oder Fleiß

zu tun. Wir alle bezahlen für den wachsenden Wohlstand der Superreichen. Mit dem Rettungspaket für Millionäre und Banken. Es ist kein Zufall, dass die Manager Abfertigungen und Prämien in der Höhe von vielen Millionen bekommen.

Wir müssen uns jetzt noch mehr einschränken: Das Belastungspaket bedeutet oft den Verlust von tausenden Euro pro Jahr, besonders Familien werden getroffen. Treibstoffe werden teurer, Gebühren werden erhöht. Es wird immer schwieriger, mit dem Geld auszukommen. Die arbeitenden Menschen werden immer stärker belastet, die Armut wächst in unserem Land. Was tun? Sollen wir froh darüber sein, dass uns die Regierung in Österreich angeblich weniger schröpft als es die Regierungen in Irland, Griechenland, Portugal oder Spanien mit „ihrer“ Bevölkerung tun? Sollen wir dafür danken, dass die Banken bekommen haben, was sie wollen? Oder sollen wir uns wehren?



Ein  
Gesundes,  
friedliches  
Neues Jahr  
wünschen

die Gemeinderäte  
von KPÖ-ProMz  
Franz Eisinger  
Franz Rosenblattl



Von Gemeinderat  
Franz Eisinger

## Ein Jahr ohne Zukunft!

Wie wir ein Jahr in Erinnerung behalten, hängt von den Erlebnissen ab, die wir für die Gestaltung unserer Zukunft brauchen. Dieses Jahr, ist wie das Jahr 2009, meist mit Geschehnissen verbunden, die wir lieber nicht erlebt hätten. Zu den Verschlechterungen, fehlen die positiven Visionen und notwendigen Anpassungen, um positiv in die Zukunft blicken zu können. Eine der wichtigsten Aufgaben eines Staates ist, grundlegende Dinge im Sinne des Allgemeinwesen zu regeln. Dazu gehört ein Bildungswesen, dass Jeden eine Chance gibt. Ein öffentliches Verkehrswesen, dessen vorrangiges Ziel nicht Gewinne sondern Mobilität für die Bevölkerung garantiert. Ein Gesundheitswesen, dass optimale Versorgung unabhängig des Einkommens der hilfeschuchenden Person ermöglicht. Eine Polizei, die für Alle Sicherheit garantiert und nicht nur für Jene, die es sich leisten können. Aber genau das Gegenteil wurde von unseren Politikern erreicht. Die Streitigkeiten rund um das Budget für 2011 haben gezeigt wohin uns die Verantwortlichen führen.

### Soziale Kälte

Die Arbeitsbedingungen haben sich weiter verschlechtert, die soziale Kälte wächst. Die Dreiklassen-Medizin längst eingeführt, der Zugang zur Bildung nur mehr Kindern von Besserverdienenden offen. Wachsend sind nur Ausländerfeindlichkeit und Armut. Ein Budget, das nur von den Kleinverdienern nimmt und auch noch bei den Leistungen für diese spart, ist ungerecht. Es verteilt Einkommen und Wohlstand hin zu den Superreichen. Belastungen zum Nachteil der Jugend, ArbeiterInnen und der älteren Generation umzuverteilen, kann es doch unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung gar nicht geben?

### Verlorener Wohlstand

In den letzten Jahren wollten Wirtschaftsanalytiker die Rolle des Staates in der Wirtschaft und deren Entscheidungen für das Wachstum und den Wohlstand herunterspielen. Nach dem Motto "Der freie Markt reguliert und wächst durch sich selbst" oder "Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut". Genau das Gegenteil ist aber der Fall. Den unter "Alle" versteht man den Staat und es müsste lauten "Geht es dem Staat gut, geht es auch der Wirtschaft gut". Nur eine gestärkte Kaufkraft hebt den Wohlstand der Bevölkerung und letztlich auch der Wirtschaft. Erst damit lassen sich die Aufgaben des Staates sinnvoll erfüllen und in eine friedvolle Zukunft blicken. Einsparungen und Verarmung führen rasch zum Zusammenbruch einer funktionierenden Gesellschaft.

### Spiel mit fiktivem Geld

Um nochmalige Einbrüche in der hoch riskanten Bankenvirtschaft zu verhindern, hätten die regierenden Politiker wirksame Regulierungsmaßnahmen, wie zuerst versprochen, einführen müssen. Da dies unterlassen wurde, geht das Aktienzocken munter weiter und wir dürfen die Folgen wieder tragen. Natürlich werden die so genannten Experten uns wieder erzählen, dass der Markt sich selbst reguliert und wir nur die Vorteile genießen würden.

### Ausbeutertum setzt sich durch

Es ist aber nur ein Irrglaube, das sich im Kapitalismus der Bessere, Fleißigere durchsetzt. Nein; es ist immer der Stärkere, der Mächtigere, der mit unsozialer Ellenbogentechnik agiert. Der größere Ausbeuter wird zum Sieger und lässt alle anderen verlieren.

Eine Art der Ausbeutung ist die von ArbeiterInnen erwirtschafteten Anteile, ihnen vorzuenthalten. Mittlerweile wird nicht einmal mehr die Inflationsrate ausgeglichen. Dem Kleinverdiener wird eingeredet, dass diese Lohnverluste notwendig wären, um die Banken und die Wirtschaft zu retten!

### Faule Propaganda

Die Auswirkungen dieser Propaganda, die Nettoverdienste der Arbeiter sind 2008, preisbereinigt bereits um 2,3% weniger als noch 2000. Gleichzeitig war das Einkommen im Jahr 1987 der Manager, im Durchschnitt das 23-Fache eines Arbeiters. Im Jahr 2007 betrug es mittlerweile das 109-Fache. Die Einkommensschere wird immer größer und zeigt sich auch im Wachsen der so genannten Unterschicht auf 24,2%, also um mehr als 5% im selben Zeitraum. Das sind fast 42.000 Menschen mehr die am Rande der Armut getrieben wurden. Diese Zahlen sind das Spiegelbild unserer Gesellschaft!

Wollen wir dieses Bild in Zukunft noch weiter vor uns haben?

Mit dieser Zukunftsperspektive finde ich mich nicht ab, weder auf betrieblicher noch auf kommunaler Ebene! Gleichzeit fordere ich alle auf, die sich mit dieser Zukunftsperspektive nicht anfreunden wollen, ebenfalls Widerstand zu leisten!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein Neues Jahr, mit aufgeklärtem Blick, um mit Ihnen verstärkten Widerstand leisten zu können!

Franz Eisinger

**„Wenn ich von den Hungernden spreche,  
nennen mich alle einen Christen.**

**Wenn ich von den Ursachen des Hungers spreche,  
nennen sie mich einen Kommunisten!“**

*Dom Helder Camara, Brasilien, 1909 bis 1999*

*Der Erzbischof und Befreiungstheologe war einer der bedeutendsten Kämpfer für die Menschenrechte in Brasilien*

## HELFEN STATT REDEN SOZIALSPRECHTAG MIT PHILIPP REININGER

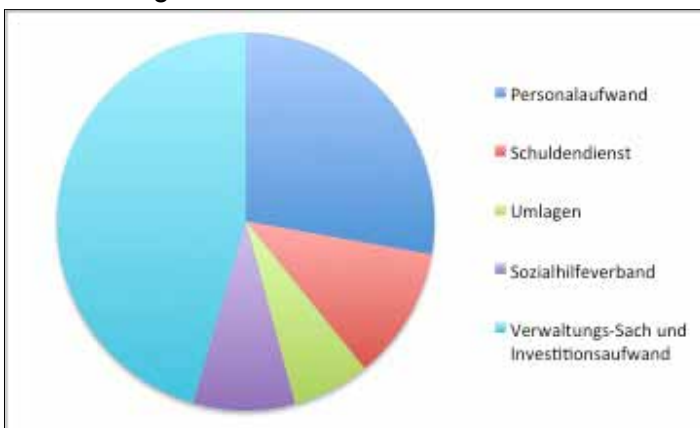
**FREITAG 27. JÄNNER 2011  
VON 13.30 UHR BIS 16.30 UHR  
KPÖ LOKAL: WIENERSTRASSE 148**

**TELEFONISCHE VORANMELDUNG ZWECKS  
VERMEIDUNG VON WARTEZEITEN ERWÜNSCHT:  
0650 2710550**



## Ohne Rücklagenentnahme kein ausgeglichenes Budget

Das Budget 2011 konnte nur durch eine Rücklagenentnahme (577,700 €) und einen, offiziell noch nicht zugesicherte Betrag, des Landes in der Höhe von 600.000 € Ausgeglichen erstellt werden. Insgesamt sind im ordentlichen Haushalt (Pflichtausgaben) 23.334.000 € und im außerordentlichen (Investitionen) 2.572.000 € Verplant. Die ständig sinkende Einwohnerzahl ist neben dem ungerechten Finanzausgleich, der die Gemeinden benachteiligt, der Grund für die schlechte Finanzlage. So sind im außerordentliche Haushalt um 1,3 Millionen € weniger als im Vorjahr vorgesehen. Das Diagramm zeigt die Ausgaben nach Verwendungszweck.



Die geplanten Vorhaben im AOH reichen von einem Ankauf eines schweren Rüstfahrzeuges für die Mürzer Feuerwehr (455.000 €), ein Straßensanierungsprogramm 1.310.000 €, und einigen kleineren Projekten. Alles in Allem kann von diesen Ausgaben nicht von wirtschaftlichen Impulsen die Rede sein.

Die Opposition lehnte geschlossen dieses Budget ab, freilich mit teils unterschiedlichen Begründungen. Die Abgänge bei den Museen und den Veranstaltungshäusern störten aber jede Fraktion, außer natürlich die SPÖ. Dies zeigte sich auch in der Abstimmung. (Die Stellungnahme von KPÖ-Gemeinderat Franz Rosenblattl zum Voranschlag finden Sie auf Seite 6)

## Stadtwerke Jahresabschluss

Die Umsatzerlöse des Vorjahres wurden, verursacht durch die Krise, um 680.000 € verfehlt. Die Ökoenergiezentrale (Biomasseheizwerk) wurde errichtet und im Industriepark eine Liegenschaft an die Firma Erne verkauft. Im heurigen Jahr schüttete die Stadtwerke 1,5 Millionen € an die Gemeinde aus um das Budget 2010 ausgeglichen zu halten. Dies war auch der Grund wieso die ÖVP und die FPÖ gegen die Bilanz stimmten. Die KPÖ wiederum sieht eine Gewinnentnahme des Eigentümers als legale Möglichkeit an. Am Bilanzstichtag (31. März 2010) waren 123 MitarbeiterInnen bei der Stadtwerke beschäftigt. Im Gegensatz zu 2009 um 8 weniger.

## Erhöhungen...

Aufgrund der angespannten Budgetsituation kam es zu einigen Erhöhungen von Tarifen, Gebühren und Abgaben. So wurde die Abgabe für Ferienwohnungen erhöht. Diese soll insgesamt 1.100 € mehr bringen. Die „Lustbarkeitsabgabe“ für Geldspielapparate und Glücksspielautomaten wurde von 300 € monatlich auf 370 € erhöht. Gleichzeitig erhöht das Land Steiermark die Lustbarkeitsabgabe von 167,50 € auf 630 (!) €. Das bedeutet, dass auf jeden Apparat nunmehr 1.000 € monatlich an Lustbarkeitsabgabe entfällt. Diese Maßnahme dient primär dazu, um das „kleine Glücksspiel“ einzudämmen und weniger dazu, das Budget zu entlasten.

### Wasser- und Kanalgeld

Eine kräftige Erhöhung wurde bei der Wasser- und Kanalgeld festgelegt. So wurde die Wasserverbrauchsgebühr von 0,95 € pro m<sup>3</sup> auf 1,14 €, die Kanalgeld von 1,60 € pro m<sup>3</sup> auf 1,92 €, die Wasserzählermiete von 12 € auf 14,40 € jährlich erhöht. Zusätzlich kommt noch die Erhöhung des Kanalisationsbeitrages von 7,50 € auf 9 € je pro m<sup>2</sup> Berechnungsfläche sowie der Wasserleitungsbeitrag von 3,65 € auf 4,36 € je m<sup>2</sup> Berechnungsfläche. Von diesen Erhöhungen erwartet sich die Gemeinde rund 270.000 € an Mehreinnahmen. Diese Erhöhung lehnten die KPÖ Mandatäre ab.



### Vivax Eintrittspreise erhöht

Die Tarife im Hallenbad wurden um ca. 10 % erhöht. So kostet eine Tageskarte nunmehr statt 7,20 € neu 7,90 €. Für Kinder statt 5 € bisher steigt der Eintritt auf 5,50 €. Mit einer 200 € Karte hat man rund 50% Ermäßigung. Hier setzt nun auch die Kritik der KPÖ an: Wer kann schon 200 € auf einen Schlag hinlegen um dann in den Genuss der Ermäßigung zu kommen? Dies ist unsozial, es müsste eine Möglichkeit geschaffen werden, um die Karte in Teilbeträgen zu erwerben und es somit breiteren Bevölkerungsschichten ermöglichen günstige Vivax-Cards zu erwerben.

### Essen auf Rädern

Derzeit beziehen 82 Personen das „Essen auf Rädern“, das im Bezirkspflegeheim Mürzzuschlag zubereitet wird. Es gibt 3 Tarife die sozial gestaffelt sind. So der Tarif A beträgt unverändert 3 € Und ist für MindestpensionistInnen, im Tarif B kommt es zu einer Erhöhung von 4,80 € auf 5,50 € Und im Tarif C von 6,50 € auf 7,50 €. Die letzte Erhöhung war 2003.

## Der Gemeinde geht's schlecht (Budgetrede von KPÖ-Gemeinderat Franz

**D**er Budgetentwurf 2011 ist wie jener vom Vorjahr einer, den man bei oberflächlicher Betrachtung in seiner Gesamtheit Respekt zollen könnte. Allerdings, bei genauerem Hinsehen muss man feststellen, dass dem nicht so ist.

Wenn unter anderem eine Rücklagenentnahme dazu dient den ordentlichen Haushalt ausgeglichen zu erstellen so weist dies weniger auf finanzpolitischen Weitblick hin als auf eine taktische Maßnahme um einen Abgang zu kaschieren. Irgendwann sind die Sparbücher leergeräumt und das ohne damit irgendetwas geschaffen oder ersetzt zu haben. Lediglich Pflichtausgaben werden damit abgedeckt.

Die katastrophale finanzielle Situation im Land lässt befürchten, dass die Bedarfszuweisungen nicht in jenem Ausmaß fließen wie sie im Entwurf angenommen werden. Es wäre für mich daher keine Überraschung wenn wir im kommenden Jahr einen Nachtragsvoranschlag beschließen müssten.

Die Zahlen des Budgets zeigen auch, dass uns nicht nur die Abwanderung voll trifft, die Wirtschaftskrise ist ebenfalls voll bei der Gemeinde angekommen, und es sind die Mürzerinnen und Mürzer die zur Kasse gebeten werden, und nicht jene, welche die Krise verursacht haben.

### Nicht nur die Gemeinde

Zu den Leistungskürzungen durch die Gemeinde kommen ja noch all die Belastungen, welche die Bundesregierung für die Bevölkerung bereit hält. Und das Land plant ebenfalls drastische Kürzungen. Der Gratiskindergarten, die Wohnbeihilfe oder der Regress in der Pflege, das sind nur die bekanntesten Beispiele, bei denen Verschlechterungen kommen.

Wir meinen, ob es notwendig ist die Bevölkerung zu belasten hängt davon ab, wie reich eine Gesellschaft insgesamt ist.

Österreich ist eines der reichsten Länder der Erde und hat - laut Armuts- und Reichtumsbericht - die geringste Vermögensbesteuerung aller OECD-Staaten.

### Arm und reich

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in unserem Land immer mehr auseinander. Das bedeutet das Problem sind nicht die fehlenden Milliarden, Geld ist in unsrem Land genug vorhanden, das Problem ist die ungerechte Verteilung des Reichtums.

Anstatt einer Spardebatte müsste es in unserem Land eine Debatte um soziale Gerechtigkeit geben. Und eine ehrliche Debatte darüber,

Warum es zu dieser Krise gekommen ist. Viele reden über die Krise, aber fast nie ist das Wort Kapitalismus zu hören.

Mit Milliarden an öffentlichen Geldern wurden die Banken und damit der Kapitalismus gerettet. Die öffentlichen Haushalte haben sich enorm verschuldet und die Banken verdienen gut an den Zinsen für diese Staatsschulden.

Banken und Aktionäre haben die Krise bis jetzt gut überstanden und verdienen wieder ein Vermögen, und gleichzeitig werden in allen Staaten Belastungspakete für die Bevölkerung geschnürt.

Wir sind ganz der Meinung des Trägers des Alternativnobelpreises, Bischof Erwin Kräutler, der unter dem Eindruck der Geschehnisse in Brasilien gemeint hat, wir können uns diesen Kapitalismus nicht mehr leisten.

Anstatt über die wahren Ursachen der Krise zu reden und die Umverteilung des Reichtums voranzutreiben, sprechen SPÖ und ÖVP vom Sparzwang und dass es keine Alternativen gibt.

### Belastung EU

Eine weitere Belastung - auch für die Gemeindefinanzen - ist die EU. Wir erleben nun, dass für den Euro- Rettungsschirm hunderte Milliarden locker gemacht werden. Auch Österreich muss sich mit mehreren hunderten Millionen Euro daran beteiligen.

Aber dieses Geld kommt nicht der Bevölkerung in Griechenland oder Irland zu Gute, es finanziert die Spekulation und sichert die Einlagen der Banken und Aktionäre. Bezahlt werden diese Milliarden wieder von den Bürgerinnen und Bürger der EU.

Wir sind stolz darauf, dass wir als einzige Partei von Beginn an gegen den EU-Beitritt aufgetreten sind und unsere ablehnende Haltung nie aufgegeben haben.

Die Belastung der Gemeinden durch immer neue Aufgaben, die fehlenden finanziellen Mittel, die Belastungen durch die EU, das sind die Probleme, mit de-



Die KPÖ gegen die Schließung des Altentreffpunkts.

nen alle Gemeinden zu kämpfen haben

### Hausgemachtes

Zu diesen Problemen kommen nun auch einige hausgemachte. Erschreckend für viele ist der Abgang bei den Veranstaltungshäusern. 418.500 € oder fast 5,8 Millionen in alten Schilling kostet uns der Betrieb der beiden Volkshäuser. Uns wundert das nicht: Ist dies doch ein Beispiel wie Privatisierung öffentlichen Eigentums von Statten geht. Als das Volkshaus in seiner Gesamtheit noch existierte, gab es Bereiche die durch Mieteinnahmen und Pachten Einnahmen erzielten. Nach der Veräußerungen blieben nur mehr der schwer defizitäre Bereich Stadtsaal über. Das gleiche gilt für das Casino Hönigsberg.

Die Mieteinnahmen aus dem Wohnbereich wurden privatisiert und sind für die Gemeinde verloren. Die Säle mit ihren hohen Kosten blieben in öffentlicher Hand.

Wenn wir ständig hören, dass gespart werden muss und gleichzeitig werden zwei Stadtratsposten bezahlt ohne konkrete Aufgabenstellung, so kommt man nicht umhin zu glauben, dass es mit den Sparwillen wirklich so ernst ist. Es müssen dafür ja zwei Gemeinderäte die für ihre Funktion als Ausschussvorsitzende extra bezahlt werden. Mit Bedauern stellen wir fest, dass ein wirkliches Verkehrskonzept, mit Einführung eines City Busses, auch in den kommenden Jahr auf der Strecke bleiben wird. Das von uns dringende geforderte Verkehrskonzept für Hönigsberg müsste aber in Angriff genommen werden. Die Kosten dafür sind bei weitem nicht so hoch, dass man dieses Problem nicht angehen kann.

## Rosenblattl)

**Altentreffpunkt**

Entschieden abgelehnt wird von uns die Schließung des Altentreffpunktes. Leider hat man viel zu lange zugeschaut wie die Attraktivität immer mehr verloren gegangen ist. All das was man jetzt für die ältere Generation plant wäre schon früher möglich gewesen.

Natürlich erheben die angeführten negativen Beispiele keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

**Finanzen**

Zum Kapitel Finanzen: Jene Milliarden welche die Banken vom Bund erhalten, sollen die Kleinen, eben die Gemeinden mitberappen. Das heißt, ein gerechter Finanzausgleich ist im Moment fast utopisch. Es sei denn, dass Städtebund und Gemeindebund gemeinsam mit den politischen Vertretern den Kampf um einen gerechten Aufteilungsschlüssel der Steuermittel aufnehmen. Die Abschaffung der Landesumlage, sie ist zufällig gleich hoch wie die Rücklagenentnahme, ist ja eine uralte Forderung und fehlt auch diesmal nicht.

Unsere Fraktion stimmt konsequenter Weise gegen den Voranschlag. Ich möchte mich aber auch heuer wieder bei der Finanzverwaltung sowie beim Finanzreferenten für die Diskussionsbereitschaft bedanken.

**Mürzer Stammtisch**

"Host schon gher, da Altentreffpunkt is zuagsperrt word`n?"

"Na Gottsedaunk endlich amoi!",

"Wos hast do Gottsedaunk, bist leicht froh drüber?"

"Eh klor, moch i mehr G`schäft!"

"Des glaubts owa a nur ihr Wirt`n, wer hot`n von de Pensionisten so vül Geld, dass sas ständig zu eich trogn kennan?",

**KPÖ Anträge, Anfragen und Initiativen****Beleuchtung  
Gehsteig beim LKH**

In der vorletzten Gemeinderatssitzung im September stellte KPÖ Gemeinderat Franz Eisinger die Anfrage warum der Gehsteig von der BP Tankstelle bis zum LKH Eingang nicht beleuchtet ist. Es sind in dem Bereich zwar neue Straßenlampen, diese stehen aber auf der verkehrten Straßenseite. Somit ist die Straße beleuchtet, der Gehsteig liegt jedoch im Dunkeln. Dies trägt nicht zum Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung bei.

Bei der Dezembersitzung des Gemeinderates meinte Bürgermeister Rudischer, dass es im Moment keine Lösung gibt. Ein Umbau käme zu teuer, sobald es aber zu Arbeiten im Bereich kommt, werden die Lampen auf die andere Seite gesetzt.

*Warum passierte dies nicht gleich im Zuge der Aufstellung der neuen Beleuchtung?*

**Radweg Neubergerbahn**

Gemeinderat Franz Rosenblattl richtete die Anfrage ob es beim Radweg Neuberg noch immer die Pläne gibt, diesen durch die Au zu führen. Dies hätte zur Folge, dass im Naherholungsgebiet der MürzzuschlagerInnen ein asphaltierter Radweg errichtet würde. Es müsste doch möglich sein, schon bei der Tennishalle die ehemalige Bahntrasse zu nutzen. Damit würde die Au ihren Erholungswert nicht verlieren.

*Mittlerweile ist es so gekommen, wie wir es gefordert haben. Der Radweg wird durch die Grüne Insel und noch vor der Wehr über die Brücke geführt.*

**Hundefreilaufzone**

Gemeinderat Franz Eisinger richtete die Anfrage, warum es in Mürzzuschlag keine Hundefreilaufzonen gibt. Dies hätte den Vorteil, dass sich Hunde und deren Besitzer in einem gesicherten Bereich frei bewegen könnten. Andere Leute würden sich durch freilaufende Hunde auch nicht bedroht fühlen. In den meisten Städten und Gemeinden gibt es solche Einrichtungen. Letztendlich bezahlen die Hundebesitzer eine Steuer und haben somit auch ein Anrecht auf Flächen in denen sich ihre Tiere frei und artgerecht bewegen können.

**Bauhof an Samstagen öffnen**

Gemeinderat Rosenblattl richtete den Appell an die Verantwortlichen den Bauhof zumindest an einen Samstag monatlich zu öffnen. Viele Berufstätige und vor allem Pendler haben nicht die Gelegenheit zu den bestehenden Öffnungszeiten beim Bauhof ihren Sperr- oder Sondermüll zu entsorgen. Bürgermeister Rudischer versprach eine Überprüfung dieser Forderung. *Mittlerweile hat man reagiert. Ab Jänner soll vorerst einmal im Quartal am Samstag der Bauhof geöffnet werden.*

**Altentreffpunkt**

Bei der Dezembersitzung richtete GR Eisinger die Anfrage, wer die Schließung des Altentreffpunktes beschlossen habe. Merkwürdigerweise muss man als Gemeinderat solche Nachrichten aus der Presse entnehmen. Da in dem gegenständlichen Artikel sogar den PensionistInnen als Alternative das Klublokal des SPÖ nahen Pensionistenverbandes in der Brauhaussiedlung empfohlen wurde stellte GR Eisinger augenzwinkernd die Frage ob nun das Pensionistenverbandeslokal von der Gemeinde übernommen wurde. ..

**Salz oder Splitt**

Gemeinderat Rosenblattl meldete sich zum Thema Schneeräumung zu Wort. Nachdem in der Gemeinde Mitte Dezember das Salz ausgegangen (?) ist wurde wieder normaler Splitt gestreut. Diese "Notlösung" war für viele MürzerInnen, welche in den "gebirgigen" Randgebieten der Stadt wohnen, eine Bestätigung für ihre Meinung zum Thema Streuung. Demnach ist es weit sinnvoller bei Schneefall Splitt zu streuen, da das Salz- Schneegemisch für FussgängerInnen und AutofahrerInnen gleichermaßen Probleme verursacht. GR Rosenblattl

meinte dazu: "Es ist nicht die Frage ob Salz oder Splitt, wenn die Gegebenheiten Mürzzuschlags so sind, dass beide Möglichkeiten ihre Vorteile aufweisen, so müssen eben beide Möglichkeiten eingesetzt werden!"





## Gedanken, Fragen und Sorgen einer Bürgerin dieser Stadt

*Es ist schön in einer Stadt zu leben, wo es schön gepflegte Spielplätze und eine toll geführte Stadtbücherei mit pädagogisch wertvollen Spielen und Büchern für mein Kind gibt. Die Veranstaltungen, die in der Bücherei angeboten werden sind für mich eine große Unterstützung, da ich es mir als Alleinerzieherin nicht leisten kann, gute Angebote auswärts anzunehmen.*

*Sehr dankbar war ich für das Sommerjugendprogramm und die engagierten Mitarbeiter der Museumswelten.*

*Entlastend war für mich auch der Vivax-Sommertarif. Ein großes Danke an die Damen, sie nehmen ihre Arbeit sehr ernst und haben den Mut und die Zivilcourage die dort geltenden Baderegeln auch einzufordern und nicht bequem wegzusehen.*

*Besonders angenehm fand ich, dass man im Bürgerbüro einen sehr „BÜRGERNAHEN“ Herrn Bauer antraf. Er kümmerte sich immer mit Feingefühl und Verständnis um meine Anliegen.*

*Meine Sorge ist, dass das Wort „BÜRGERNAH“ nun nicht mehr in der Gemeinde wichtig ist, sonst hätte ich nicht das Problem, wann darf ich meinen Sperrmüll und meinen Gartenschnitt am Städtischen Bauhof abladen? Bei einer Arbeitszeit Mo-Fr 7-16 Uhr ist es nur im Urlaub oder sonstiger Vereinbarung meines Dienstgebers möglich dieses wichtige Angebot anzunehmen. Das ist für mich nicht „BÜRGERNAH“. Was machen eigentlich alle anderen Berufstätigen und vor allem Pendler mit ihrem Sperrmüll und Rasenschnitt? Gibt es Gemeinden die das für ihre Bewohner machbarer gestalten, z.B. ein offener Samstag im Monat? Ist das*



*auf jedem Bauhof so geregelt, dass es der Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter obliegt, ob beim Abladen geholfen wird oder nicht? Es freut mich das es wenigstens einen Mitarbeiter am Städtischen Bauhof gibt, der „BÜRGERNAH“ handelt und erkennen kann, dass man Hilfe braucht, obwohl man nicht behindert ist.*

*Schade finde ich, wenn es gute Vorträge wie Plastic Planet in unserer Stadt gibt und die Praxis aber so aussieht, dass es völlig egal ist wieviel Müll in einem Haushalt gemacht wird. Meinem Sohn lebe ich vor „müllvermeidend“ einzukaufen, doch irgendwie habe ich das Gefühl, die Abfallwirtschaft dieser Stadt interessiert das überhaupt nicht. Es ist für mich kein Argument den Bürgern zu sagen, man solle sich nicht wegen der Erhöhung der Müllentsorgungsgebühren aufregen, schließlich soll es bei uns ja nicht wie in Griechenland aussehen (Auskunft eines Gemeinderatsmitgliedes)! Es wäre beruhigend, wenn man die Ursachen bearbeiten würde und nicht die Symptome. Wahrscheinlich bin ich zu naiv, denn ich wünsche mir auch in 20 Jahren noch eine gesunde Luft und ein trinkbares Wasser für die Kinder dieser Stadt.*

*Bei Sanierungsarbeiten in unserer Straße wurde an meiner Wasserhauszuleitung ein Rohrbruch festgestellt. Mir wurde sehr nett und höflich mitgeteilt, dass seit 1975 das Gesetz in Mürzzuschlag gilt: Ab Anschlußstelle haftet ganz alleine der Eigentümer, auch wenn diese auf öffentlicher Straße liegt. Es spielt auch überhaupt keine Rolle das dies im Zuge der von der Gemeinde angeordneten Sanierungsarbeiten passiert ist, dies ist mein Problem! Sehr „BÜRGERNAH“ oder?*

**Liebe Grüße von einer Bürgerin dieser sehr „BÜRGERNAHEN“ Stadt.**



### Historisches Mürzzuschlag

*Der Hammerpark mit den kleinen Kaufhäusern und der noch unverbauten Fröschnitz prägte bis Mitte der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts das Stadtbild von Mürzzuschlag. Rechts am Foto befindet sich das alte Feuerwehrdepot mit dem Schlauchturm.*

## Claudia Klimt-Weithaler zu Sozialbericht: „System wird künstlich am Leben erhalten“

Europaweite Proteste gegen ungerechte Politik – Reichensteuer notwendig

Der Sozialbericht 2009-2010, der vor kurzem von Minister Hundstorfer vorgestellt wurde, ist ein Armutszeugnis für die österreichische Politik. Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zu den nun vorliegenden Zahlen, die die soziale Schieflage in Österreich deutlich unterstreichen.

Während zwei Drittel der österreichischen Haushalte über keine nennenswerten Ersparnisse verfügen, besitzen die obersten 10 Prozent mehr als die Hälfte des Geldvermögens. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst in rasantem Tempo. Noch deutlicher die Verteilung von Immobilien in Österreich: 61 Prozent sind in den Händen von weniger als 10 Prozent Immobilieneigentümer. Trotzdem ist eine Anhebung der Vermögensbesteuerung wenigstens auf den EU-Durchschnitt nicht in Sichtweite.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die, die den Reichtum einer kleinen Minderheit erarbeiten, sind einem immer stärkeren Druck ausgesetzt. Und wenn der Staat zugunsten der Banken Belastungspakete beschließt, müssen erst wieder die arbeitenden Menschen für alles herhalten. Die wirklich Reichen werden geschont und können sich über jährliche Vermögenszuwächse im zweistelligen Bereich freuen. Dieses System ist politisch und moralisch bankrott, wird aber mit riesigem Aufwand künstlich am Leben erhalten.“ Für die KPÖ ist eine Reichensteuer daher das Gebot der Stunde.

Diese Entwicklung, so die KPÖ-Klubobfrau, kann nicht unabhängig von der Politik betrachtet werden, mit denen die EU ihre neoliberale Politik im Interesse der Banken und Konzerne durchboxt. Dieses System erzeugt bei wachsender Produktivität sinkenden Wohlstand für den Großteil der Bevölkerung und immensen Reichtum für eine kleine Minderheit. In vielen EU-Staaten finden derzeit heftige Proteste gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialstandards statt, die es in diesem Ausmaß seit Bestehen der EU noch nicht gegeben hat.



## „Aussagen von LR Buchmann sind zynisch und realitätsfremd“

Klubobfrau Klimt-Weithaler: 20 Mio. Steuergeschenke an Glücksspielindustrie stehen 15 Mio. Einsparungen im Kulturbereich gegenüber  
21. Dezember 2010

*Kein Verständnis für die Ankündigungen von VP-Landesrat Buchmann von radikalen Kürzungen im Kulturbereich zeigt KPÖ-Landtagsklubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Buchmann hat heute einen Kahlschlag angekündigt, der auch vor jenen Kulturinstitutionen nicht zurückschreckt, die zwar seit Jahren wertvolle Arbeit leisten, finanziell aber über keinerlei Spielraum mehr verfügen.*

*Dass auch viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, scheint bei den vom Landesrat als „Solidaritätsbeitrag“ bezeichneten Sparmaßnahmen keine Rolle zu spielen.*

*Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist einfach zynisch und realitätsfremd, in Zusammenhang mit den Kulturschaffenden, insbesondere der Freien Szene, von einem ‚Solidaritätsbeitrag‘ zu sprechen. Die Kulturschaffenden müssen seit Jahren kostspielige Evaluierungen über sich ergehen lassen, um überhaupt Förderverträge zu bekommen. Derselbe Politiker, der uns 2003 erklärt hat, Kultur sei ein ‚harter Standortfaktor‘, trägt nun aktiv zur Vernichtung von Arbeitsplätzen bei. Jene Solidarität, die Buchmann hier einfordert, sollte er auch gegenüber der Glücksspielindustrie und den Banken zur Sprache bringen, denen wir die Belastungspakete letztendlich zu verdanken haben.“*

*Die Steuergeschenke an die Glücksspielindustrie, die in der Steiermark noch bis Ende 2015 nach dem alten Gesetz Automaten spielen darf, kosten auch nach der Erhöhung der Abgaben übrigens mindestens 20 Millionen pro Jahr – das ist mehr, als die gesamten Einsparungen im Kulturbereich ausmachen.*

### Einladung zum MHM-Filmabend!

Wienerstrasse 148

**Freitag 7. Jänner 2011 19 Uhr**

Wie Betriebe mit MitarbeiterInnen umgehen  
Beispiele: Starbucks, Kik und andere

**Freitag 4. Februar 2011 19 Uhr**

Yes Man

Der Dokumentarfilm zeigt mit Humor und Selbstonie die spektakulärsten Auftritte dieser Männer, von denen andere noch einiges lernen könnten.

*Eintritt frei!*



## ÖBB: Strafen statt Service

Seit 12.12.2010 gilt bei den ÖBB die Devise, Karte oder 65 Euro! Aufgrund des geplanten Personalabbaues werden viele Serviceleistungen eingestellt. Statt wie bisher viele Möglichkeiten des Fahrkartenkaufes nützen zu können werden die Kunden von der Unternehmensleitung zur Benützung von digitalen Verkaufsstellen (Automat, Internet, SMS....) genötigt.



Auskunft über Zugverbindungen und andere Serviceleistungen sind auch nur mehr erschwert zu erhalten. Geschlossene Kassen und Schaffnerlose Züge stellen die meisten Reisenden vor unlösbaren Problemen. Älteren Menschen wird dadurch der Zugang zu dem öffentlichen Verkehrsmittel verwehrt. Aus Angst bei einer Fehlbedienung der Automaten, gleich als Schwarzfahrer abgestempelt zu werden, verzichten sie zur Gänze auf ihre Mobilität. Die weiteren Einsparungen gehen zu Lasten der Sicherheit, des Services und fördern Vandalismus, Belästigung, tätliche Übergriffe auf Bahnbenützer. Ein Zukunftsbild das nach amerikanischem Vorbild in ghettoähnlichen Reisewagons endet.

War es bisher möglich sich auf die Hilfestellung, beim Einstieg, bei der Zugauskunft und den Kauf der Karte auf das Zugpersonal zu verlassen, so wird dieser jetzt eingespart oder zum Kopfgeldjäger ausgebildet. Für das Bahnpersonal ist dieses Vorgehen aber genauso wenig nachvollziehbar wie für den Reisenden der diese Hilfe benötigt.

SOZIALHILFERECHNER der KPÖ: Rechnen Sie ihre Ansprüche nach!  
INFO TEL. 0316 / 877 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

**zuhören. helfen.**

Claudia Klimt-Weithaler



**Claudia Klimt-Weithaler ist (wieder) Klubobfrau der KPÖ im Landtag Steiermark:**

„Die Pläne der Bundesregierung sind nicht das Ende der Belastungswelle. Auch die Landesregierung plant neue Belastungen. Wer uns die Krise eingebracht hat, soll auch für die Kosten aufkommen. Schicken wir das Belastungspaket zurück an den Absender!“

**Auch im Land droht Belastungswelle**

## „Sozialabbau? Mit uns nicht!“

Die arbeitenden Menschen haben auch im neuen steirischen Landtag eine Vertretung! Mit zwei Mandaten hat die KPÖ bei der Landtagswahl im Oktober sensationell den Wiedereinzug geschafft.

Voves und Schützi: Vor der Wahl waren sie wie Hund und Katz. Nach der Wahl sind SPÖ und ÖVP beim Postenschacher und bei den Belastungen kaum zu unterscheiden, und jetzt ist auch noch die FPÖ wieder mit im Regierungsboot. Gemeinsam werden sie versuchen, die Regierungslastungen auf Landesebene durchzusetzen.

Viel Grund zum Jubel gibt es also nicht, weil weitere Belastungen drohen. Aber es gut, dass die KPÖ weiter im Landtag vertreten ist.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Wir haben zwei Mandate, die wir dazu nützen werden, eine Stimme der Benachteiligten in unserem Land zu sein. Vor uns liegen fünf Jahre, in denen die KPÖ ihre eigenen Versprechen halten und die Regierungsparteien an deren Versprechen erinnern wird.“

## Februar 34

Beiträge zur Geschichte der Mürzzuschlager Arbeiterbewegung

40 Seiten, Herausgeber: KPÖ Mürzzuschlag, Preis 5 €

Bestellungen: per E-Mail: kpoemz@aon.at

per Telefon: 0650 2710550 oder 03852 2453

Diese Broschüre befasst sich mit den Ereignissen im und nach dem Februar 1934. Zeitzeugenberichte, Gerichtsprotokolle, Zeitungsartikel und viele Fotos widerspiegeln die Situation in Mürzzuschlag.

